

# SACHSEN-ANHALT wählt!

WAHLZEITUNG FÜR SACHSEN-ANHALT + + + AKTUELL + + + INFORMATIV + + + ÜBERPARTEILICH



Wer 2011 wählen geht

Seite 2

Wie Erstwähler Politik sehen

Seite 3

Warum Wahlkampf sich ändert

Seite 4

## Der ganz normale Ministerpräsident Drei Schüler aus Halle/Saale im Gespräch mit Wolfgang Böhmer

Normalerweise büffeln sie Mathe, Englisch, Deutsch und all die anderen Fächer, die Abiturienten beherrschen müssen. Dabei geht es nicht immer besonders praxisnah zu. Heute ist das anders. Heute haben Carolin Weber (24), Jan Röttschke (23) und Philipp Liebs (22) nämlich Politik. Keine gewöhnliche Stunde. Denn heute sind die Drei von der Schule des Zweiten Bildungsweges in Halle extra nach Magdeburg gefahren. Genauer: zur Staatskanzlei in der Hegelstraße. Hier sind die Schüler, die allesamt eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, mit dem Mann verabredet, der noch bis zum Ende der Legislaturperiode Hausherr in diesem repräsentativen Bau der Landeshauptstadt unweit des Doms ist: Ministerpräsident Wolfgang Böhmer.



Schüler im Gespräch mit Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (links)

Heute steht also ein Gespräch mit dem 75-jährigen Christdemokraten auf dem Stundenplan. Über tagesaktuelle Politik, die anstehende Landtagswahl, aber auch – immerhin geht Böhmer in den Ruhestand – persönliche Befindlichkeiten. Grund genug für etwas Lampenfieber, das sich im herrschaftlichen Ambiente des historischen Kaminzimmers nur mühsam verbergen lässt.

Das ändert sich erst, als ein gut gealterter Ministerpräsident den Raum betritt und in der ihm eigenen analytischen, aber durchaus humorigen Art, auf die wohl überlegten Fragen der Schüler antwortet.

Etwa bei dem Thema, das alle Demokraten Sachsen-Anhalts im Vorfeld der Landtagswahl am 20. März mit Sorge betrachten: die Wahlbeteiligung. „Ich habe da kein Patentrezept“, sagt Böhmer angesichts der stetig steigenden Zahl von Wahlverweigerern. Die Einführung einer Wahlpflicht jedenfalls sei keine Lösung. Grundsätzlicher Enttäuschung über die Erfolge von Politik müsse mit der Erläuterung

politischen Handelns begegnet werden: „Die Regierung kann kein Geld drucken.“ Und: „Wir dürfen nicht zu Lasten der nächsten Generation Schulden machen.“ Ein klares Votum für verantwortliche Finanzpolitik. Wahrscheinlich nicht besonders populär – aber richtig. Jedenfalls finden das die Schüler aus Halle, die zustimmend nicken.

Sorgenvoll blicken die Mienen hingegen bei der Frage, wie groß die Gefahr ist, dass mit der NPD erneut – wie 1998 die DVU – eine rechts-extreme Partei in den Landtag von Sachsen-Anhalt einziehen könnte. Böhmer rät auch hier zu besonnener Sachlichkeit. „Es ist wahr“, sagt er mit gerunzelter Stirn, „es gibt offenbar einen gewissen Teil der Bevölkerung, der die NPD mit Sympathie begleitet.“ Diesen Menschen müsse man sagen, was es bedeutet, die NPD-Parolen zu Ende zu denken. „Es gilt, die schlichten Sprüche auseinander zu nehmen und die Konsequenzen zu erklären.“ Das, so

Böhmer, sei Aufgabe aller demokratischen Parteien im Land.

Genau wie eine effektive Bildungspolitik für Sachsen-Anhalt, die den drei Schülern natürlich besonders am Herzen liegt. Böhmer plädiert dafür, Leistungswillen und Weltoffenheit bei der nachwachsenden Generation zu fördern. Er sagt: „Wenn man es den jungen Menschen immer nur leicht machen will, sinkt die Bereitschaft sich anzustrengen.“ Und: „Es ist hilfreich, in die Welt zu gehen, um sich ein eigenes Bild zu machen.“ Trotz der Probleme, die gerade die Abwanderung junger Menschen für Sachsen-Anhalt mit sich bringt: „Ich werfe niemandem vor, wenn er aus Sachsen-Anhalt weggeht, um sich zu bilden und weiterzuentwickeln.“ Denn: „Wer das gemacht hat, kommt auch gerne wieder.“

Demnächst jedenfalls will der Privatier Wolfgang Böhmer auch mal weggehen. Nicht besonders lange. Aber ein ordentlicher Urlaub soll es

schon sein. Keineswegs zum Faulenzen, verrät er den jungen Hallensern. Das sei ihm viel zu langweilig. Aber eine spannende Fernreise, das könne er sich vorstellen. Wirklich nach Sibirien, wie die Schüler gelesen haben? Ja, reizen würde ihn das, sagt Böhmer und wiegt dabei den Kopf hin und her. Mit der Transsibirischen Eisenbahn bis nach Wladiwostok, das wäre schon was. Aber: „Man hat mich gewarnt, das würde zu eintönig.“ Tagelang mit dem Zug durch Wälder fahren? „Dann vielleicht doch lieber eine gut organisierte Studienreise“, sagt Böhmer. Irgendwohin.

Aus dem Umfeld des als bodenständig bekannten Ministerpräsidenten verläutet unterdessen, dass sich das potenzielle Reiseziel fast täglich ändert. Die Schüler aus Halle finden diese Unentschlossenheit des Wittenbergers beruhigend. Fast erleichtert resümieren sie nach dem Gespräch: „Der ist eben auch ein ganz normaler Mensch.“

Jörg Biallas

## ZEIT ZUM EINMISCHEN!

Sachsen-Anhalt wählt am 20. März 2011 den sechsten Landtag nach der friedlichen Revolution 1989. Wer dann regiert, hängt davon ab, ob und wo Sie Ihre zwei Kreuze machen. Das ist Ihre Chance zu entscheiden. Nutzen Sie diese! Egal, ob Sie nun am Sonntag

### FRÜH AUFSTEHEN ODER AUSSCHLAFEN,

nur wenn Sie wählen gehen, bestimmen Sie den Wahlausgang mit! Um das Grundrecht frei zu wählen, kämpfen auch heute noch weltweit Millionen von Menschen – teilweise unter Einsatz ihres Lebens. Auch ist es noch nicht so lange her, dass in unserem Land Tausende auf die Straßen gingen und das Recht auf freie und geheime Wahlen einforderten. Jetzt geht es darum, mit diesem Recht verantwortungsvoll umzugehen.

Eine starke, gefestigte Demokratie, die den Herausforderungen der Zukunft gerecht wird, steht und fällt mit freien Wahlen und einer hohen Wahlbeteiligung.

Freiheit und Demokratie brauchen aktive Bürgerinnen und Bürger, die sich entscheiden und mitgestalten.

### Setzen Sie ein Zeichen!

Wählen Sie am 20. März 2011 demokratische Parteien in den Landtag!

Bernd Lüdckemeier, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung

# DEINE STIMME ZÄHLT

**20. MÄRZ 2011  
LANDTAGSWAHL  
IN SACHSEN-ANHALT  
ZEIT ZUM EINMISCHEN!**

## Der Countdown läuft - Am 20. März wird der neue Landtag gewählt

Landeswahlleiter Klaus Klang erklärt den Urnengang und gibt praktische Tipps

Nur noch wenige Tage sind es bis zur Wahl des neuen Landtages von Sachsen-Anhalt. Am 20. März 2011 sind über 2,02 Millionen Wahlberechtigte dazu aufgerufen, zwischen 8 und 18 Uhr ihre beiden Stimmen in den 2351 Wahllokalen landesweit abzugeben. Landeswahlleiter Klaus Klang hofft darauf, dass diesmal die Wahlbeteiligung wieder deutlich höher liegen wird als bei der letzten Landtagswahl 2006, als sich nur 44,4 Prozent der Wahlberechtigten an der Stimmabgabe beteiligten – die niedrigste Landtags-Wahlbeteiligung in der Geschichte der Bundesrepublik überhaupt. Um das Votum der Wählerinnen und Wähler bewerben sich 13 Parteien sowie einige Einzelbewerber. Wahl-

berechtigt sind am 20. März 2011 alle Deutschen, die an diesem Tag das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten in Sachsen-Anhalt wohnen.

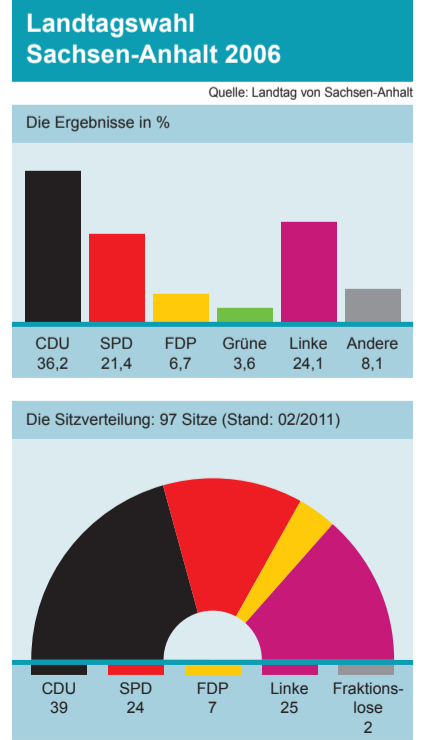
Aus mindestens 91 Abgeordneten besteht der neue Landtag, 45 davon werden direkt in den Wahlkreisen bestimmt, in denen der oder die Kandidat/in mit den meisten Erststimmen das „Direktmandat“ erhält. Die endgültige Zusammensetzung des Landtages ergibt sich aus den Anteilen der Parteien an den Zweitstimmen, wobei hier nur die Parteien Berücksichtigung finden, die die „Fünf-Prozent-Hürde“ meistern. Wer am Wahltag verhindert sein sollte, seine Stimme abzugeben, der hat natürlich auch die Möglichkeit der Briefwahl.

Auch Wählerinnen und Wähler mit Behinderungen müssen auf die Ausübung ihres Wahlrechts nicht verzichten. Sie können sich bei der Stimmabgabe einer Hilfsperson bedienen. Der Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt (Tel.: 03 91/289 6239) versendet zudem auf Anfrage kostenlos eine in Zusammenarbeit mit dem Landeswahlleiter herausgegebene „Schablone“, die auch Sehbehinderten ein eigenständiges Ausfüllen des Stimmzettels ermöglicht.

Über alle Einzelheiten der Landtagswahl am 20. März 2011 informiert das Falblatt „Stimm mit ab“, das die Landeszentrale für politische Bildung, der Landeswahlleiter und das Ministerium des Innern des Landes

Sachsen-Anhalt gemeinsam herausgegeben haben. Es liegt u. a. in allen Wahlämtern aus, steht aber auch auf der Internetseite der Landeszentrale [www.lpb.sachsen-anhalt.de](http://www.lpb.sachsen-anhalt.de) zum Download bereit. Die Internetseite des Landeswahlleiters [www.wahlen.sachsen-anhalt.de](http://www.wahlen.sachsen-anhalt.de) informiert über alle weiteren Fragen zur Landtagswahl. Klaus Klang ist sich sicher: „Es ist alles für einen erfolgreichen Ablauf der Landtagswahl getan.“ **Ganz wichtig: Am 20. März müssen Sie zum Wahllokal Ihre Wahlbenachrichtigung und einen gültigen Personalausweis oder Reisepass mitnehmen! Nun liegt es an Ihnen: Stimmen Sie mit ab! Ihre Stimme zählt!**

Wilfried Welz



„Gehen Sie wählen, denn eine verschenkte Stimme ist ein Geschenk an die Falschen“



© Ruprecht Stempel

Die Moderatorin und Sängerin **Inka Bause** engagiert sich in Sachsen-Anhalt als Patin der Pestalozzischule Wienrode im Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage.“

„Mir ist es wichtig, das junge Leute die Erfahrung machen, dass die Begegnung mit anderen Kulturen eine Bereicherung ist. Solche Erfahrungen kann man nur in einer offenen, demokratischen Gesellschaft machen, und für die lohnt es sich, wählen zu gehen. Abschottung, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung nützen keinem - solche Einstellungen verletzen die Menschenrechte und machen unser Leben und unsere Gesellschaft auf Dauer eingleisig und dumpf. Solchen Rassismus gibt es in jedem Bundesland! Darum bitte ich Sie als gebürtige Sächsin und Wahlberlinerin: Gehen Sie wählen! Denn eine verschenkte Stimme ist ein Geschenk an die Falschen.“

„Wahlen gehören zur Demokratie wie die Bockwurst zu meiner Erbsensuppe!“



© Matthias Bein

Brockenwirt **Hans Steinhoff** - ein Mann mit Weitblick

„Hier oben vom Brocken aus habe ich einen einzigartigen Weitblick. Diese Aussicht war jahrzehntelang nur wenigen vergönnt. Für freie Wahlen und den freien Zugang zum Brocken sind die Menschen im Harz im Herbst '89 auf die Straße gegangen. Wenn ich nun höre, dass einige überlegen, ob sie überhaupt zur Wahl gehen sollen, kann ich nur den Kopf schütteln: Wer sein Wahlrecht nicht nutzt, der sollte nach dem 20. März 2011 auch nicht meckern, wenn das Ergebnis nicht nach seinem Geschmack ist.“

# STIMM MIT AB



**20. MÄRZ 2011**  
**LANDTAGSWAHL**  
**IN SACHSEN-ANHALT**  
**ZEIT ZUM EINMISCHEN!**

## Sieben auf einen Streich – das Superwahljahr



**Hamburg**  
20. Februar 2011



**Sachsen-Anhalt**  
20. März 2011



**Baden-Württemberg**  
27. März 2011



**Rheinland-Pfalz**  
27. März 2011



**Bremen**  
22. Mai 2011



**Meckl.-Vorpommern**  
4. September 2011



**Berlin**  
18. September 2011

**Den Auftakt machte am 20. Februar Hamburg, die letzte von gleich sieben Landtagswahlen in diesem Jahr ist am 18. September in Berlin. Dazwischen wird in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Natürlich geht es in erster Linie um die Mehrheiten in den Landesparlamenten. Aber es steht mehr auf dem Spiel: Vor allem die Landtagswahl in Baden-Württemberg wird nach den Protesten gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 auch als Votum über Volksentscheide gewertet. Ohnehin werden die Auswirkungen auf die Bundespolitik bedeutsam sein. Auch, weil dieser Wahlmarathon die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat verändern könnte.**

Das „Superwahljahr 2011“ hat mit einem Paukenschlag begonnen: Als am 20. Februar die **Hamburger** aufgerufen waren, eine neue Bürgerschaft zu wählen, haben sie die SPD aus der Opposition an die alleinige Macht in der Hansestadt katapultiert. Die absolute Mehrheit beschert SPD-Spitzenkandidat Olaf Scholz eine freie Hand bei der Bildung einer neuen Regierung. Damit haben die Hamburger endgültig einen Schlusspunkt hinter das schwarz-grüne Regierungsmodell gesetzt, das mit dem spektakulären Rücktritt Ole von Beusts (CDU) im vergangenen Sommer zu zerbröseln begann.

Nun schaut die Nation auf die nächste Landtagswahl: Am 20. März wählt **Sachsen-Anhalt**. Im Magdeburger Landtag regiert eine Große Koalition aus CDU und SPD unter Führung des Christdemokraten Wolfgang Böhmer. Eines

steht bereits jetzt fest: Unabhängig von dem Ausgang der Wahl wird Böhmer nicht ein weiteres Mal Ministerpräsident werden. Mit 75 Jahren hat er seinen Abschied von der Politik eingereicht. Spitzenkandidat der CDU ist Wirtschaftsminister Reiner Haseloff. Er tritt an gegen Wulf Gallert von der Linkspartei, die hinter der CDU bisher zweitstärkste Kraft im Land ist. Jens Bullerjahn, derzeit stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister, ist Spitzenkandidat der SPD. Während Gallert die Regierungsübernahme mit einem rot-roten Bündnis unter seiner Führung anstrebt, ist das für Bullerjahn nur dann eine Option, wenn er selbst Ministerpräsident würde. Und zwar unabhängig vom Zieleinlauf beider Parteien. Die FDP kämpft mit Veit Wolpert an der Spitze um den Wiedereinzug in den Landtag. Nach dem bundesweiten Erstarken der Grünen setzt die Partei um Spitzenkandidatin Claudia Dalbert jetzt auch in Sachsen-Anhalt auf das eine oder andere Landtagsmandat.

Die wohl spannendste Wahl des Jahres ist eine Woche nach dem Urnengang in Sachsen-Anhalt am 27. März in **Baden-Württemberg**. Seit 57 Jahren hat die CDU die Geschicke im Ländle, wie das süddeutsche Bundesland von seinen Bewohnern liebevoll genannt wird, bestimmt. Jetzt droht der Absturz in die Opposition. Zum einen, weil der Koalitionspartner FDP um den Einzug in den Stuttgarter Landtag bangen muss. Und zum zweiten, weil sich nach den Stuttgart-21-Protesten mit Winfried Kretschmann ein grüner Politiker in den Fokus geschoben hat, der sich im Bündnis mit der SPD um Nils Schmid sogar Chancen ausrechnet, erster grüner Ministerpräsident zu werden.

Ebenfalls am 27. März sind die **Rheinland-Pfälzer** zur Wahl aufgerufen. Seit 17 Jahren regiert hier der SPD-Politiker Kurt Beck, seit der letzten Wahl 2006 sogar mit absoluter Mehrheit. Übrigens war Rheinland-Pfalz bis zur Hamburg-Wahl das einzige Bundesland, in dem die Sozialdemokraten einen solch komfortablen Vorsprung hatten. Dass sich das ändert, dafür kämpft Julia Klöckner an der Spitze der CDU, die bisher zweitstärkste Kraft im Land war. Während die FDP auch in Rheinland-Pfalz um den Wiedereinzug in den Landtag zittert, erhoffen sich die Grünen ein zweistelliges Ergebnis. Wohl auch deshalb gehen sowohl SPD als auch CDU im Wahlkampf mit den Grünen als potenziellen Koalitionspartner auffallend pfleglich um.

Am 22. Mai will die SPD in **Bremen** ihre traditionelle Position verteidigen: In den vergangenen sechs Jahrzehnten war die Sozialdemokratie an der Weser stets die stärkste politische Kraft. SPD-Mann Jens Böhmsen, Chef der rot-grünen Regierung in der Bremer Bürgerschaft, tritt erneut als Spitzenkandidat seiner Partei an. Der CDU fällt es auch wegen der Stärke der etablierten Grünen schwer, ein Gegengewicht zu setzen. Zumal im konservativen Lager die FDP Sorge haben muss, die Fünf-Prozent-Hürde zu reißen. Die Linke will sich nach einem sicheren Einzug in der Bürgerschaft bei der Wahl 2007 behaupten.

In **Mecklenburg-Vorpommern** wird es am 4. September darum gehen, ob die Große Koalition mit Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) und Innenminister Lorenz Caffier (CDU) an der Spitze weiter Bestand hat, oder von einem anderen Bündnis abgelöst wird. Der

SPD dient sich eine Linkspartei um Spitzenmann Helmut Holter an; die FDP wird um einen Wiedereinzug ins Schweriner Parlament bangen müssen. Bei der NPD, seit 2006 im Landtag vertreten, setzen alle demokratischen Parteien darauf, dass sich der bei den jüngsten Kommunalwahlen zu verzeichnende abnehmende Wählerzuspruch fortsetzt.

Richtig spannend wird es schließlich noch einmal bei der letzten Wahl des Jahres am 18. September in **Berlin**: Die Grüne Renate Künast tritt an, um Klaus Wowereit (SPD) das Amt des Regierenden Bürgermeisters streitig zu machen. Derzeit regiert Wowereit mit den Linken, die nach SPD und CDU bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2006 drittstärkste Kraft in der Hauptstadt geworden sind.

Nicht nur in den Ländern, auch in der Bundespolitik werden diese sieben Wahlen mit Spannung erwartet. Für alle Parteien geht es um viel: Verfehlt die CDU wichtige Wahlziele, etwa in Baden-Württemberg, wäre das auch für die Parteiführung um Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Debakel. Der SPD bietet sich die Chance, ihren verloren gegangenen Einfluss im Bund mit einer gefestigten Position in den Ländern auszugleichen. Für die FDP ist 2011 so etwas wie ein Schicksalsjahr, in dem sich erweisen wird, ob die Liberalen weiterhin flächendeckend eine einflussreiche politische Kraft sind. Bei der Linkspartei muss sich zeigen, wie sie den Lackmus-Test für ihren Stellenwert in den westlichen Bundesländern besteht. Schließlich die Grünen, die darauf hoffen, in den Ländern Erfolge einzufahren und damit auch in der Bundespolitik wieder an Bedeutung zu gewinnen.

Jörg Biallas

### 100 Jahre Internationaler Frauentag 1911 - 2011



Demonstration für das allgemeine Frauenwahlrecht zum 1. Internationalen Frauentag am 19. März 1911 in Berlin

Am 19. März 1911 gingen mehr als eine Million Frauen in Dänemark und Deutschland, in Österreich-Ungarn und der Schweiz und in den USA auf die Straße. Ihre zentrale politische Forderung war das freie, geheime und gleiche Wahlrecht für Frauen. Clara Zetkin schrieb nach diesem ersten internationalen Frauentag: „Das war die wichtigste Demonstration für die Gleichberechtigung der Frau, die die Welt bis jetzt gesehen hat.“

1977 wurde der 8. März von der Vollversammlung der UN offiziell zum „Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frauen und den Weltfrieden“ benannt. Seit dem ersten internationalen Frauentag vor einhundert

Jahren haben die Frauen weltweit Vieles erkämpft und erreicht. Aber es bleibt auch noch viel zu tun, um auf dem Weg zur Gleichstellung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weiter voran zu schreiten. Es geht um die Verwirklichung der Chancengleichheit, um gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Erwerbsleben, an politischen Entscheidungsprozessen und gesellschaftlichen Ressourcen. In Deutschland verdienen Frauen noch immer bis zu 23 Prozent weniger als Männer. Viele von ihnen bemühen sich täglich um eine Balance zwischen Familie und Beruf. Und viele Frauen wollen einen beruflichen Aufstieg wie ihre männlichen Kollegen.

Am 20. März haben die Frauen in Sachsen-Anhalt wieder die Chance der Einmischung und Mitbestimmung. Verzichteten Sie nicht auf Ihr Wahlrecht! Gehen Sie wählen und engagieren Sie sich für Entgeltgleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gleiche Karriere-Chancen. Wählen Sie demokratische Parteien in den Landtag!

Ute Fischer,  
Vorsitzende des Landesfrauenrates

### Mitmachen und eine Reise nach Berlin gewinnen



Die Landeszentrale für politische Bildung verlost eine viertägige Bildungsreise für zwei Personen nach Berlin, mit Besichtigung u.a. des Bundestages, des Bundesrates und der Landesvertretung. Die Reise findet in der Zeit vom 14. bis zum 17. Juni 2011 statt. Außerdem gibt es neun Buchpakete zu gewinnen.

Bitte beantworten Sie folgende Fragen und schicken eine ausreichend frankierte Postkarte an folgende Adresse:

Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt  
**Stichwort: Wahlquiz**  
Schleiufer 12  
39104 Magdeburg

1. Wie viele Parteien bewerben sich für den Einzug in den neuen Landtag?  
**A: 9, B: 13 oder C: 21**
2. Wie viele Abgeordnete werden dem neuen Landtag mindestens angehören?  
**A: 45, B: 77 oder C: 91**
3. In wie vielen Stadtstaaten wird 2011 gewählt?  
**A: 7, B: 1 oder C: 3**

Der Einsendeschluss ist der 2. April 2011. Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Nicht zur Teilnahme berechtigt sind Mitarbeiter/-innen der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. Eine Auszahlung des Reisewertes ist nicht möglich.

# Privileg und Chance oder nur lästige Pflicht?

## Wie Erstwähler Politik empfinden und warum sie wählen gehen

Nur 31,5 Prozent der 18- bis 21-Jährigen gingen 2006 zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Das Klischee der politikverdrossenen Jugend hält sich hartnäckig. Doch was ist da dran? Sind junge Menschen wirklich so wenig interessiert an Politik oder wird Politik nicht für junge Menschen gemacht? Dazu berichten drei Erstwähler über ihre Sicht auf Wahlen und Landespolitik.

Maria Nordmann und Benjamin Sonntag machen in der Berufsschule J.P.C. Heinrich Mette Quedlinburg eine Ausbildung zum Gestaltungstechnischen Assistenten. Beide gehen in diesem Jahr das erste Mal zur Landtagswahl – die Frage „wählen oder nicht wählen?“ hat sich für sie nie gestellt. Die 19-jährige Maria wurde schon von ihrem Vater angestiftet, der darauf besteht, dass sie wählen geht. „Aber ich gehe natürlich auch freiwillig, weil es mir wichtig ist, mitzuentcheiden, was in Deutschland passiert“, erklärt die Ascherslebenerin. Außerdem sei es ein Privileg, sich an der Stimme des Volkes zu beteiligen, das in vielen Ländern mit Monarchien und Diktaturen noch nicht existiert. Im Sozialkundeunterricht spielt die Landtagswahl kaum eine Rolle. Als die Klasse auswählen durfte, welche Themen sie behandeln will, landete die anstehende Wahl auf dem letzten Platz. „Wenn man das schon ein- oder zweimal durchgekaut hat in der Schule, macht das auch keinen Spaß mehr“, sagt Maria. Sie weiß schon, wen sie wählen wird und hat die Programme der Parteien zumindest überflogen.



Maria Nordmann, 19 (rechts) und Benjamin Sonntag, 19

„Weil eine fehlende Stimme schon entscheidend sein kann“, geht Benjamin Sonntag wählen. Er sucht im Internet nach Informationen über die Parteien und deren Programme. „Schließlich muss man ja wissen, wen man wählt“, sagt er. Für ihn ist dabei wichtig, welche Perspektiven in den Programmen nach dem Schulabschluss geboten werden: Lohnausgleich und Arbeitsplätze. Am Wahltag gibt die Familie gemeinsam ihre Stimmen ab: „Das dauert ja nur zehn Minuten und vom Gang zur Urne fällt man nicht um“, lacht er.

Wie könnte Politik für junge Menschen interessanter sein? Durchsichtiger und für den Bürger leichter

zu verstehen. Benjamin wünscht sich nach der halben Amtszeit noch mal mit den Politikern in Kontakt zu treten, um zu sehen, was bisher schon erreicht wurde - aber vor allem auch, um ihnen zu sagen, was noch geschafft werden muss.

„Wenn man junge Menschen erreichen will, muss man eine andere Form der Werbung finden“, sagt Valentin Heller. Von den vielen Gesichtern auf den Plakaten kennt er nur einige und Sympathie sei auch nicht das entscheidende Wahlkriterium für ihn. Durch das tägliche Nachrichtenschauen mit der Familie ist Bundespolitik für ihn viel näher und somit auch ausschlag-

gebend für seine Wahl des Landtages; etwas Bauchgefühl sei auch dabei. Der 18-jährige Magdeburger macht zur Zeit ein Freiwilliges Soziales Jahr im Offenen Kanal. Hier betreut er auch ein Magazin, das unter anderem den Zuschauern die Funktionsweisen von Europa näher bringen soll. Er weiß deshalb, wie schwer es ist, junge Leute zu ermutigen, sich mit Politik zu befassen. „Man kann nur Angebote schaffen, ob die genutzt werden, entscheidet jeder alleine“, meint er. Ihm ist es wichtig, eine eigene Meinung zu haben und diese zu vertreten. „Wer nicht wählen geht, hat auch kein Recht, die Politik zu kritisieren.“

Juliane Jesse

„Im Wahllokal bin ich immer morgens die Erste. Niemals käme ich auf den Gedanken, an einem Wahlsonntag die Füße hochzulegen, ohne vorher ins Wahllokal zu gehen – denn für dieses Recht haben viele gekämpft, hat mancher alles riskiert.“



Melanie Kollatsch, 83, als junge Frau war sie über 15 Jahre in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR inhaftiert. Heute besucht sie Schulen, um mit jungen Leuten über diese Zeit zu sprechen. Die Geschichte ihrer Haft ist in dem Film „Gesicht zur Wand“ dokumentiert worden.

„Können Sie sich noch erinnern? Zwölf Bürger der DDR stellten nach der Kommunalwahl im Mai 1989 Strafanzeige wegen Wahlbetrugs. Die Wut vieler Bürger über die „Beschönigung“ der Wahlergebnisse durch die Machthaber der DDR war riesengroß. Man fühlte sich verschaukelt, und sehr schnell wurde klar, dass es um mehr ging, als nur um eine Bereinigung der gefälschten Ergebnisse: Es sollte Schluss sein mit der Ein-Parteien-Herrschaft, der Gleichschaltung, der Spitzelkultur von SED und Staatssicherheit. Ich selbst hatte 1989 schon lange keine Illusionen mehr über das Unrecht in der DDR: Nach über 15 Jahren Haft wegen eines konstruierten Vorwurfs in mehreren Zuchthäusern der SBZ und der DDR, nach Zwangsverhören und Drangsalierungen muss mir niemand mehr etwas über Freiheit und Unfreiheit erklären.“

Wir sollten uns ab und zu in Erinnerung rufen, dass Vieles, was uns heute selbstverständlich ist, nur unserer heutigen Demokratie zu verdanken ist. Es war bis zur Wende eben nicht möglich, zu sagen, was man dachte, zu leben, wie man leben wollte, die Ausbildung zu wählen, die man sich wünschte, an die Orte zu reisen, nach denen man sich sehnte... Manch einer glaubt heute, dass es solche Dinge zum Nulltarif gibt, aber sie sind elementarer Bestandteil unserer Demokratie; das Eine gibt es nicht ohne das Andere. Und darum ist „Wählen gehen“ für mich alles andere als langweilig und schon gar keine lästige Pflicht. Es ist mein elementares Recht, ich kann mit meiner Stimme Einfluss nehmen, ich kann die Zeit des Wahlkampfes nutzen, um zu prüfen, wer meine Anliegen ernst nimmt und ich habe die FREIE Wahl.

Im Wahllokal bin ich immer morgens die Erste. Niemals käme ich auf den Gedanken, an einem Wahlsonntag die Füße hochzulegen, ohne vorher ins Wahllokal zu gehen, denn für dieses Recht haben viele gekämpft, hat mancher alles riskiert.“

## „Landespolitik geht alle Bürger direkt an“



Everhard Holtmann ist Professor für Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Jörg Biallas sprach mit ihm über die bevorstehende Landtagswahl, Wahlmüdigkeit und die Gefahr, die von rechtsextremen Parteien ausgeht.

**Frage:** Herr Professor Holtmann, was würden Sie einem Ihrer Studenten entgegnen, wenn er sagen würde: Ich gehe nicht wählen, weil das sowieso nichts bringt.

**Holtmann:** Ich würde ihm erklären, dass es in seinem ureigensten Interesse ist, zur Wahl zu gehen. Das Argument, meine Stimme zählt ja sowieso nicht, lässt sich leicht entkräften. Schon weil jede Stimme Politik mitbestimmt. Und zwar Politik, die die Menschen im Land direkt angeht. Außerdem: Hier in Ostdeutschland sollte auch 21 Jahre nach dem Fall der Mauer die Erin-

nung an die Schein-Wahlen der DDR Grund genug sein, am 20. März zur Landtagswahl zu gehen.

**Frage:** Gerade Jungwähler gelten als besonders wahlmüde. Ist die nachwachsende Generation unpolitisch?

**Holtmann:** In der Tat gehen junge Leute weniger zur Wahl. Das hat auch damit zu tun, dass politisches Engagement stärker als früher mit Freizeitaktivitäten konkurriert, die vollkommen unpolitisch sind. Das gilt etwa für die Kommunikationsformen im Internet, wie Twitter oder Blogging, die weitgehend einen völlig unpolitischen Charakter haben.

**Frage:** Auch deshalb nimmt die Wahlbeteiligung gerade bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt kontinuierlich ab. 1998 haben mit 72 Prozent noch fast Dreiviertel der Wähler ihre Stimmen abgegeben, 2002 waren es mit 56 Prozent nur noch etwas mehr als die Hälfte, 2006 sogar deutlich weniger als die Hälfte: Nur 44 Prozent kamen ins Wahllokal. Ist den Menschen die Landespolitik egal?

**Holtmann:** Es stimmt: Die Landespolitik ist von der Europa- und Bundespolitik in weiten Teilen überformt. Auf der anderen Seite entscheidet die Landespolitik über viele Fragen, die die Bürger ganz direkt angehen. Etwa in der Schulpolitik. Oder im Polizeirecht. Also ganz wichtige The-

men für das Leben jedes Einzelnen. Außerdem darf man die kommunale Ebene nicht vergessen. Die ist juristisch nicht Teil der Bundes-, sondern der Landespolitik. Auch deshalb spielen die Länder in unserem politischen System nach wie vor eine vergleichsweise große Rolle.

**Frage:** Nach den Protesten gegen die Umbaupläne des Stuttgarter Hauptbahnhofes wurde leidenschaftlich darüber diskutiert, ob unserem Staat mehr direkte Demokratie gut täte. Wären Bürgerentscheide über einzelne politische Maßnahmen ein passendes Instrument, mehr Menschen zur Meinungsäußerung zu bewegen?

**Holtmann:** Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn Bürger sich in ihrem unmittelbaren Umfeld einmischen und auch direkt politisch engagieren. Aber: Das darf nicht so weit gehen, dass die Zuständigkeit der durch Wahlen legitimierten Instanzen untergraben wird. Diejenigen, die sich an Demonstrationen und Bürgerentscheiden beteiligen, sind oft kein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung. Sie sind überdurchschnittlich gebildet, politisch besser informiert und auch selbstbewusster als andere, die nicht mitmachen. Kommunal- und Landesparlamente und damit auch die Parteien sind hingegen gefordert, die Interessen aller bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen. Also auch die Interes-

sen derer, die sich nicht artikulieren können oder wollen.

**Frage:** Nochmal ein Blick zurück: 1998 hat die rechtsextreme DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt fast 13 Prozent der Stimmen erzielt. Ein Ergebnis für eine rechtsextreme Partei, das bis heute einzigartig in der Geschichte der Bundesrepublik ist. Am 20. März 2011 stehen mit der NPD abermals Rechtsextremisten zur Wahl. Muss ein ähnliches Ergebnis befürchtet werden?

**Holtmann:** Es ist nicht absehbar, dass die NPD mehr als fünf Prozent der Stimmen bekommen und damit den Sprung in den Landtag von Sachsen-Anhalt schaffen wird. Die Situation im Land ist derzeit nicht dazu geeignet, Wähler mit radikalem Populismus zu mobilisieren. Die wirtschaftliche Gesamtsituation bessert sich, die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Damit fehlt eine wesentliche Grundlage für populistischen Protest und für die Motivation, den Regierenden in Magdeburg einen Denkkzettel zu verpassen. Und der NPD fehlt die Basis für Argumente, die ohnehin realitätsfern sind. Beispielsweise die Behauptung, Ausländer nähmen Deutschen die Arbeitsplätze weg. Hinzu kommt, dass die NPD in Sachsen-Anhalt keinen nennenswerten Unterbau in den Kommunen hat, also auch vor Ort kaum in der Lage sein wird, etwa unpolitische Wähler zu mobilisieren.

„Besonders als ehemaliger Bürger der DDR weiß ich um die Bedeutung von demokratischen Wahlen.“



© Jens Wolf

**Wolfgang Winkler**, Schauspieler, u.a. ermittelt er als Fernsehkommissar im Polizeiruf 110 in Halle/Saale.

„Natürlich gehe ich wählen, auch wenn ich mich oft über Politiker ärgere. Aber ich verzichte doch nicht auf die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Besonders als ehemaliger Bürger der DDR weiß ich um die Bedeutung von demokratischen Wahlen. Daran musste ich übrigens während der Unruhen in Nordafrika in den vergangenen Wochen oft denken. Das ist vom Mechanismus her vergleichbar wie damals bei uns: Die Unzufriedenheit der Leute führt dazu, dass sie den Mut aufbringen, auf die Straße zu gehen und sich zu wehren. Schade nur, dass es hier bei uns nicht lange gedauert hat, dass der Politik die Visionen verloren gegangen sind. Das stört mich am meisten. Und doch ist es richtig, zur Wahl zu gehen. Auch um Extremisten keinen Raum zu lassen: Ich hoffe, dass die Wahl zeigt, dass für radikale Politiker kein Platz im Landtag von Sachsen-Anhalt ist.“

„Wer nicht wählt, kann nichts bewegen!“



© JHK Halle-Dessau

**Carola Schaar**, Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau

„Nach neuesten Umfragen ist bei der Landtagswahl mit einer niedrigen Wahlbeteiligung zu rechnen. Woran liegt das? Bei manchem mag der Eindruck vorherrschen, mit seiner Stimmabgabe nichts verändern zu können. Manchmal ist es auch schlichtweg Unentschlossenheit oder auch Bequemlichkeit, die viele Bürger dazu bringt, nicht zu wählen. Lassen Sie uns jedoch nicht vergessen: Das Wahlrecht ist ein hohes Gut und freie Wahlen sind längst nicht überall auf der Welt selbstverständlich – wie uns aktuell an mehreren Orten der Welt deutlich vor Augen geführt wird.“

Enttäuschung über politische Entscheidungen ist kein Grund, nicht zur Wahl zu gehen – im Gegenteil: Wer nicht wählt, kann nichts bewegen! Wir benötigen Bürger, die Verantwortung übernehmen und die Gesellschaft aktiv mitgestalten: In der Familie, im Unternehmen oder Verein und eben auch in der Politik.“

## Willkommen bei den Elb-Obamas

Kalt weht es über den Gardelegener Rathausplatz. In eine grüne Jacke und einen dunkelroten Schal eingepackt bleibt ein Junge vor einem Laternenmast stehen. Vor der alten Löwen-Apotheke wackeln zwei Wahlplakate im Wind. Ihre Drähte klirren am Mast, der Junge reckt den Finger nach den Bildern. Schmunzelnd erzählt seine Mutter, wer „die fremden Männer da oben sind“. Eine Erklärung, die zwar den jungen Altmäcker einige Sekunden interessiert – doch viele Menschen in Sachsen-Anhalt bisher kaum. Zwei Drittel der Bürger geben laut Infratest dimap an, dass ihnen die Landtagswahl im März gleichgültig ist.

Der Wahlkampf auf den Straßen dürfte daran wenig geändert haben. Lange Zeit war er kaum zu bemerken, erst fünf Wochen vor dem Urnengang gewann er endlich an Dynamik. Zwar hängen mittlerweile an fast jedem Pfahl mehrere Plakate, doch viele zeigen Ähnliches: Portraits mit den üblichen Slogans. Mit konkreten Thesen aus den Parteiprogrammen wird kaum geworben. Eigenwillig mutig gibt sich die CDU, wenn sie sich ins sprachliche Minenfeld der Wortspiele begibt: „Sachsen-Anhaltend erfolgreich“ kalauert es auf den Plakatwänden. Noch-Landesvater Wolfgang Böhmer übergibt auf dem Bild die letzte Ziffer einer riesigen 2011 an den CDU-Spitzenkandidaten, Reiner Haseloff.

Ab Mitte Februar durfte der Wirtschaftsminister zwar auch allein aufs Plakat, doch im Internet hatte das Kalauer-Plakat da bereits Kultstatus. Überhaupt findet der Wahlkampf dieses Mal stärker im Netz statt. Egal ob prominenter Kandidat oder hoffnungsfroher Listenplatzbewerber – die meisten Politiker haben ihr eigenes Profil bei Facebook oder verteilen ihre Botschaften über den Kurznachrichtendienst Twitter. „Von Amerika lernen...“ scheint die These. Spätestens seit dem Wahlkampf Barack Obamas in den USA 2008 ist auch hierzulande bekannt, dass ohne Kommunikation im Internet keine Wahl mehr zu gewinnen



© picture alliance/dpa; Bildcollage: Sandra Billewirth

ist. Insbesondere die sozialen Netzwerke von Facebook bis StudiVZ haben den Wahlkampf verändert. „Dialog“ ist das allmächtige Zauberwort. Passé sind die Basta-Politiker im Stil eines Gerhard Schröder oder die wortkargen Helmut Kohls vergangener Tage. Wer heute an die Macht will, muss mit dem Bürger reden. Oder neudeutsch: chatten, twittern, posten.

Dennoch gilt: Magdeburg ist nicht Washington. Weder Linken-Spitzenkandidat Wulf Gallert noch Reiner Haseloff bestehen im Direktvergleich mit Barack Obama. Sie unterscheidet mehr als nur ein Schnauzbar oder die rahmenlose Brille. Obama konnte auf Spendengelder in Höhe von fast 450 Millionen Euro zurückgreifen. Das ist mehr als das Land Sachsen-Anhalt jährlich für die Bezahlung aller Lehrer an Sekundarschulen und Gymnasien ausgibt. Die Wahlkampfmittel sind deutlich begrenzter, private Spenden nicht die

Regel. Aber gerade diese geringeren finanziellen Möglichkeiten beflügeln den Online-Wahlkampf. Er ist die günstige Alternative; die Anmeldung bei Facebook oder Twitter ist kostenlos. Besonders beliebt sind die Netzwerke bei den Kandidaten auf den höher stelligen Listenplätzen, denn hier sind die Gelder für den Wahlkampf besonders knapp. Doch im Umgang mit den Plattformen zeigt sich über alle Parteigrenzen hinweg ein Unterschied zum amerikanischen Vorbild. Während Obama den Dialog stets suchte und seine Mitarbeiter den Wählern in den sozialen Netzwerken Rede und Antwort standen, nutzen die Politiker hierzulande das Internet als weiteren, billigen Kommunikationskanal. Es werden Bilder hochgeladen, Ideen verkündet und Gegner kritisiert. Die Reaktionen der Leser sind zumeist nebensächlich. Monolog statt Dialog.

Doch auch wenn die Politiker in Sachsen-Anhalt online nur Ansätze

aus den USA übernehmen, eine nicht zu unterschätzende Eigenschaft haben sie sich abgeschaut: Mut. So traten beispielsweise Reiner Haseloff und Jens Bullerjahn in einer öffentlichen Kochshow gegeneinander an. Alltagstauglichkeit kommt gut an in einem Bundesland, dessen Bürger am bisherigen Ministerpräsidenten vor allem seine Bodenhaftung schätzen.

Ein wenig greift der Mut jedoch auf die Wahlplakate über. Die SPD druckt erstmals auf umweltverträglichem Kunststoff und schont so die heimischen Bäume. Auf neue Formate setzt die CDU und wirbt auf hochkantigen Großflächenplakaten. Natürlich ist all dies nicht wahlentscheidend. Aber der Junge auf dem Gardelegener Rathausplatz hat wieder etwas Neues zu entdecken. Und genau das macht einen erfolgreichen Wahlkampf im digitalen Zeitalter aus: alle Menschen erreichen, egal wie alt, egal wo.

Christoph Herms

## Aufruf zur Landtagswahl 2011 Hingucken und Einmischen - Meine Stimme für Demokratie!

Am 20. März 2011 wählen die Bürgerinnen und Bürger von Sachsen-Anhalt einen neuen Landtag: Diese Wahl ist für das politische Leben in unserem Bundesland von großer Bedeutung, denn von den Kräfteverhältnissen im Landtag hängt auch der Gestaltungsrahmen für alle wichtigen politischen Entscheidungen der nächsten fünf Jahre ab. Nur wer sich einmischt und durch seine Wahlbeteiligung über die Zusammensetzung des Landtages mitentscheidet, macht seinen persönlichen Einfluss auf wichtige Zukunftsentscheidungen geltend!

Bei den zurückliegenden Wahlen ist die Beteiligung der Wähler zurückgegangen – doch nur starke, durch die überwiegende Mehrheit der Bürgerschaft legitimierte Parlamente sind der Garant für Freiheit, Demokratie und soziale Verantwortung. Wir rufen Sie darum auf, sich mit Ihrer Stimme an der Landtagswahl 2011 zu beteiligen – denn

Demokratie braucht aktive Demokratinnen und Demokraten.

„Hingucken und Einmischen!“ Unter diesem Motto engagieren sich von Jahr zu Jahr mehr Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt für eine lebendige Demokratie in unserem Bundesland **und im Netzwerk für Demokratie und Toleranz**. Sie zeigen Zivilcourage und Respekt gegenüber Menschen anderer Kulturen **und wenden sich aktiv gegen Extremismus und Gewalt**. Sie handeln in dem Bewusstsein, dass die Demokratie kein Geschenk ist, sondern ein Anspruch, den wir alle aktiv Tag für Tag aufs Neue einlösen müssen.

Wir appellieren an Sie, am 20. März genau hinzugucken und sich aktiv einzumischen: Sorgen Sie für eine starke demokratische Legitimation unseres Landtages. Beteiligen Sie sich mit Ihrer Stimme an der Landtagswahl und setzen Sie so ein Zeichen für die demokratische Kultur in unserem Land.

### MEINE STIMME FÜR DEMOKRATIE!

Dieter Steinecke, Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt; Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt (Schirmherren des Netzwerks für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt)

# MISCH DICH EIN

**X** 20. MÄRZ 2011  
LANDTAGSWAHL  
IN SACHSEN-ANHALT  
ZEIT ZUM EINMISCHEN!

### IMPRESSUM

**Herausgeberin:**  
Landeszentrale für politische Bildung  
des Landes Sachsen-Anhalt  
Schleierufer 12, 39104 Magdeburg  
Tel.: 0391/567 6463, Fax: 0391/567 6464  
E-Mail: politische.bildung@pb.stk.sachsen-anhalt.de, www.lpb.sachsen-anhalt.de



SACHSEN-ANHALT  
Landeszentrale  
für politische Bildung

**Redaktion:** Jörg Biallas  
**Layout:** rothSTICH | grafik I design  
**Druck:** Aroprint Druck- und Verlagshaus GmbH,  
Hallesche Landstraße 111, 06406 Bernburg  
**Auflage:** 405.000 Exemplare  
**Erscheinungsdatum:** März 2011

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von den Wahlhelfern im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben politischer Informationen oder Werbemittel. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf diese Veröffentlichung nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landeszentrale für politische Bildung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.